



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss
 Décision
 Decisione

15. Sep. 1993

Abschluss bilateraler Entschuldungsabkommen

Aufgrund des Antrags des EVD vom 1. September 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das EVD wird ermächtigt, mit den folgenden 16 Entwicklungsländern bilaterale Entschuldungsabkommen auf der Grundlage des beiliegenden Mustertextes und der hier erwähnten Vorgaben bezüglich der zu entschuldenden Beträge abzuschliessen: Aegypten, Côte d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Jemen, Kamerun, Kongo, Liberia, Madagaskar, Mauretanien, Sierra Leone, Sudan, Togo, Zaire, Zentralafrikanische Republik.
2. Die unter Ziffer 1 geplanten bilateralen Entschuldungsabkommen dürfen nur abgeschlossen werden, sofern die in Ziffer 2 des Antrags erwähnten Grundbedingungen für eine Entschuldung erfüllt sind.
3. Das EVD wird ermächtigt, die anlässlich der Rückkaufaktion vom Juni 1993 erworbenen Forderungstitel gegenüber Honduras, Jordanien, Mali, Peru und Philippinen in die gemäss Entscheid des Bundesrates vom 26. Mai 1993 abzuschliessenden bilateralen Entschuldungsabkommen miteinzubeziehen.
4. Mit dem Tag der Unterzeichnung der Entschuldungsabkommen geht der ERG-Anteil der zu erlassenden Forderungen an den Bund über, und dieser erlässt der ERG auf diesen Stichtag Bundesvorschüsse in gleicher Höhe.
5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung der bilateralen Entschuldungsabkommen erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	10	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Protokollauszug:

M. Müller

Dodis





2301.19

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Bern, 1. September 1993

An den Bundesrat

Abschluss bilateraler Entschuldungsabkommen

1. Ausgangslage

Im Zusammenhang mit den Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier wurden 1991 bis 1993, basierend auf verschiedenen Bundesratsbeschlüssen¹, Rückkäufe von Schuldtiteln durchgeführt. Dabei wurden Forderungen gegenüber 28 Entwicklungsländern² erworben. Die vom Bund übernommenen Forderungen setzen sich aus folgenden Arten zusammen: a) Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite mit entsprechendem ERG-Anteil, b) kommerzielle nicht-garantierte Kredite von schweizerischen Geschäftsbanken, von schweizerischen Exporteuren und von internationalen Geschäftsbanken. Das Gesamtvolumen an zurückgekauften Schuldtiteln beträgt rund 1,4 Mrd SFr³.

Im Frühjahr 1993 haben wir mit der eigentlichen Entschuldung begonnen, das heisst, es werden nun bilaterale Entschuldungsverhandlungen mit den betroffenen Ländern geführt, respektive vorbereitet. Am 2. April 1993 wurde das erste Entschuldungsabkommen (mit Bolivien) und am 16. Juni 1993 das zweite (mit Nicaragua) unterzeichnet; Abkommen mit andern Ländern, deren Wahl der Bundesrat am 26. Mai 1993 zugestimmt hat, befinden sich in Vorbereitung.

Mit Blick auf die Bundesratsbeschlüsse vom 31. März 1993 zum bilateralen Entschuldungsabkommen mit Bolivien und demjenigen vom 26. Mai 1993 zu analogen Vereinbarungen mit 11 Entwicklungsländern⁴ beantragen wir, das EVD zu ermächtigen, Entschuldungsabkommen mit den restlichen 16 Ländern auszuhandeln und zu unterzeichnen, sofern die Grundbedin-

-
1. Bundesratsbeschlüsse vom 18. Dezember 1991, 16. März 1992 und 14. Juni 1993.
 2. Aegypten, Bolivien, Côte d'Ivoire, Ekuador, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Jemen, Jordanien, Kamerun, Kongo, Liberia, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Tansania, Togo, Zaire, Zentralafrikanische Republik.
 3. Für eine detaillierte Uebersicht über die Rückkäufe siehe Beilage 2.
 4. Ekuador, Honduras, Jordanien, Mali, Mosambik, Nicaragua, Peru, Philippinen, Sambia, Senegal, Tansania.

gungen für eine Entschuldung erfüllt sind (Definition der Grundbedingungen siehe Kapitel 2). Das diesem Antrag beigelegte Musterabkommen, basierend auf der Vereinbarung mit Bolivien (s. Beilage 3), sowie die spezifizierten allgemeinen Elemente eines Entschuldungsabkommens (s. Beilage 4) dienen ebenfalls als Vorlage für diese Verhandlungen. Ein wichtiges Element der Verhandlungen ist in den meisten Fällen die Aeufnung eines Gegenwertfonds in einheimischer Währung zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Der vorliegende Sammelantrag rechtfertigt sich analog zum Antrag vom 7. Mai 1993 aufgrund der standardisierten Form der Entschuldungsabkommen; der Antrag und die Subdelegation drängen sich zur Vereinfachung der administrativen Abläufe auf.

2. Grundbedingungen für die Entschuldung

Der Abschluss von Entschuldungsabkommen wird von der Erfüllung von Grundbedingungen abhängig gemacht, welche in der Botschaft des Bundesrates vom 30. Januar 1991 (BB1 1991 I 753) festgelegt sind⁵. Unter anderem heisst es:

- Das Vorhandensein eines mittelfristigen Wirtschaftsreformprogramms: Im wesentlichen bedeutet dies das Vorhandensein eines umfassenden, mittelfristigen Wirtschaftsreformprogramms mit einer der multilateralen Finanzierungsinstitutionen; das Programm muss "on track" sein. Es genügen auch konkrete Indikationen, dass in Kürze ein solches Programm abgeschlossen wird.
- Das Vorhandensein eines adäquaten Schuldenmanagements: Der Begriff beinhaltet generell das aktive Bemühen des Landes, eine Schulden- und/oder Schuldendienstreduktion durch die verschiedenen Gläubigergruppen zu erreichen.

Ebenso werden die unter dem Begriff "Good Governance" zusammengefassten Voraussetzungen beurteilt. Es geht hier um die Art und Weise, in der eine Regierung das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Staates und seiner Bevölkerung verfolgt. Untrennbar damit verbunden sind Anforderungen in Bezug auf die Effizienz und Transparenz der Allokation von Ressourcen durch den Staat, die Rechtsstaatlichkeit ("rule of law"), die Rechenschaftsablegung der Regierung gegenüber der Bevölkerung ("accountability") und die Beachtung der Menschenrechte.

3. Erlass von Bundesvorschüssen gegenüber der ERG

Mit dem Tag der Unterzeichnung der Entschuldungsabkommen als Stichdatum werden der ERG Bundesvorschüsse im Umfang der von ihr in die Entschuldung des betreffenden Landes eingebrachten Forderungen erlassen (BB vom 14.12.90, AS 1991 962; Botschaften des Bundesrates vom 30.1.91, BB1 1991 I 753 und 21.2.90, BB1 1990 I 1740).

-
5. Bis zum Zeitpunkt der eigentlichen Entschuldungsverhandlungen werden die im Rahmen der multilateralen Vereinbarungen des Pariser Clubs anfallenden bilateralen Umschuldungsabkommen mit diesen Entwicklungsländern abgeschlossen. Der Bundesratsbeschluss vom 18. November 1992 ermächtigt generell zum Abschluss solcher Abkommen mit 22 Entwicklungsländern.

4. **Rechtliche Grundlagen, Vertragsabschlusskompetenz und finanzielle Auswirkungen**

Den rechtlichen Rahmen für die vorgesehenen Entschuldungsabkommen bildet (wie die bisherigen vom Bundesrat genehmigten Abkommen) das BG vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0). Dessen Artikel 10 ermächtigt den Bundesrat, internationale Vereinbarungen nach diesem Gesetz abzuschliessen. Für die vorgesehenen Entschuldungsaktionen werden Gelder aus dem Rahmenkredit IV über 840 Mio SFr und demjenigen anlässlich der 700-Jahrfeier verwendet. Die Entschuldungsmassnahmen bezwecken unter anderem, die betroffenen Staaten besser in das Welthandelssystem zu integrieren (Art. 6 Abs. 1 Bst. c des Gesetzes). Mit der Verwendung der aus dem Schuldenverzicht zur Verfügung stehenden Gelder werden zudem die Staaten verpflichtet, Massnahmen im Sinne der in Artikel 5 des Gesetzes genannten Ziele durchzuführen (s. dazu auch Art. 1 des BB vom 5. Oktober 1990 über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen, SR 973.20, BBl 1990 I 1583 f.).

Die vorgesehenen Massnahmen und Abkommen haben sinngemäss dem Abkommen mit Bolivien, welches als Musterabkommen dient, zu entsprechen. Zudem sind die vorgesehenen Entschuldungsvolumina für die einzelnen Staaten vorgegeben (s. Beilage 2). Somit besteht beim Abschluss der einzelnen Abkommen nurmehr ein enger Spielraum. Unter diesen Umständen ist es sinnvoll und rechtlich zulässig, das EVD zum Abschluss der Entschuldungsabkommen zu ermächtigen (zur Frage der Subdelegation zu Vertragsabschlüssen siehe VPB 51, 1987, Nr. 58, Ziff. 10). Abkommen, welche dem Musterabkommen und den erwähnten finanziellen Vorgaben in wesentlichen Punkten nicht entsprechen, müssten dem Bundesrat vorgelegt werden. Analoges gilt, wenn die Einschätzung in Bezug auf die Erfüllung der hier erwähnten Grundbedingungen interdepartemental zu signifikanten Meinungsunterschieden führt.

Mit diesem Antrag sind keine neuen Ausgaben verbunden.

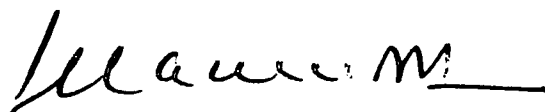
5. **Berichterstattung**

Nach dem Abschluss der hier beantragten Entschuldungsabkommen werden wir dem Bundesrat einen umfassenden Bericht über die Entschuldungsmassnahmen vorlegen.

6. **Konsultationen und Antrag**

BK, EDA (DEH, FWD), EJPD (BJ) und EFD (EFV) wurden konsultiert und sind mit diesem Antrag einverstanden. Aufgrund der vorstehenden Erwägungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



- Beilagen:
- 1) Beschlussdispositiv
 - 2) Uebersicht über die Rückkaufaktionen 1991 bis 1993
 - 3) Mustertext für bilaterale Entschuldungsabkommen
 - 4) Allgemeine Elemente eines Entschuldungsabkommens

- Zum Mitbericht an:
- BK
 - EDA
 - EJPD
 - EFD

- Protokollauszug an:
- BK (1)
 - EDA (GS 1, PAII 1, FWDF 1, DV 1, DEH 2)
 - EJPD (GS 1, BJ 1)
 - EFD (GS 1, EFV 1)
 - EVD (GS 1, BAWI 5)

Abschluss bilateraler Entschuldungsabkommen

Aufgrund des Antrags des EVD vom 1. September 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das EVD wird ermächtigt, mit den folgenden 16 Entwicklungsländern bilaterale Entschuldungsabkommen auf der Grundlage des beiliegenden Mustertextes und der hier erwähnten Vorgaben bezüglich der zu entschuldenden Beträge abzuschliessen: Aegypten, Côte d'Ivoire, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Jemen, Kamerun, Kongo, Liberia, Madagaskar, Mauretanien, Sierra Leone, Sudan, Togo, Zaire, Zentralafrikanische Republik.
2. Die unter Ziffer 1 geplanten bilateralen Entschuldungsabkommen dürfen nur abgeschlossen werden, sofern die in Ziffer 2 des Antrags erwähnten Grundbedingungen für eine Entschuldung erfüllt sind.
3. Das EVD wird ermächtigt, die anlässlich der Rückkaufaktion vom Juni 1993 erworbenen Forderungstitel gegenüber Honduras, Jordanien, Mali, Peru und Philippinen in die gemäss Entscheid des Bundesrates vom 26. Mai 1993 abzuschliessenden bilateralen Entschuldungsabkommen miteinzubeziehen.
4. Mit dem Tag der Unterzeichnung der Entschuldungsabkommen geht der ERG-Anteil der zu erlassenden Forderungen an den Bund über, und dieser erlässt der ERG auf diesen Stichtag Bundesvorschüsse in gleicher Höhe.
5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung der bilateralen Entschuldungsabkommen erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Protokollauszug:

Beilage 2

Uebersicht über die Rückkaufaktionen 1991 bis 1993

Die den Entschuldungsabkommen zugrundeliegenden Schuldtitel basieren auf fünf Rückkäufen, welche 1991 bis 1993 vom BAWI durchgeführt wurden:

- **Rückkauf von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite:** Schweizerischen Exporteuren wurde Ende März 1992 eine Offerte zum Rückkauf der Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite gegenüber 22 mehrheitlich afrikanischen Entwicklungsländern unterbreitet. Die Banken und Exporteure, welche Ausstände zu verzeichnen hatten, haben sich mit insgesamt 95% ihrer Forderungen an der Rückkaufaktion beteiligt. Der bezahlte, marktnahe Durchschnittspreis belief sich auf 19% (Marktpreis 15%). Das gesamte durch diese Aktion erreichte Entschuldungsvolumen der 22 Länder betrug 1,08 Mrd SFr, wobei der Selbstbehaltsanteil der Exporteure 28% und die Guthaben der ERG entsprechend 72% betragen. Die Rückkaufskosten beliefen sich auf 59 Mio SFr.

Für die Entschuldung stehen auch sogenannte "Bundesbeteiligungen" im Fall von Peru, Sudan und Togo im Umfang von insgesamt 42 Mio SFr zur Verfügung. Diese Beteiligungen basieren auf Rückkäufen von Selbstbehalten in den frühen 70-er Jahren.

- **Rückkauf von kommerziellen, nicht-garantierten Krediten schweizerischer Banken:** Im Dezember 1991 wurde eine Rückkaufaktion kommerzieller Schulden gegenüber Schweizer Geschäftsbanken zu Marktpreisen durchgeführt; die Beteiligung war relativ gering und erbrachte Schulden in Höhe von 4,6 Mio SFr für zwei Länder (Ecuador und Togo). Die Rückkaufskosten beliefen sich auf 0,8 Mio SFr.
- **Rückkauf von kommerziellen, nicht-garantierten Krediten schweizerischer Exporteure:** Im September 1992 wurde eine Rückkaufaktion kommerzieller Schulden gegenüber Schweizer Exporteuren zu Marktpreisen durchgeführt; die Aktion erbrachte Schulden in Höhe von 3,3 Mio SFr für sechs Länder (Kongo, Mosambik, Sambia, Sudan, Tansania und Zaire). Die Rückkaufskosten beliefen sich auf 0,3 Mio SFr.
- **Rückkauf von kommerziellen, nicht-garantierten Krediten internationaler Banken (internationaler Sekundärmarkt):** Via vom BAWI mandatiertem Agenten wurde im November 1992 Schuldtitel von Ecuador in Höhe von 22,9 Mio SFr zu Marktpreisen von internationalen Geschäftsbanken zurückgekauft. Die Rückkaufskosten beliefen sich auf 6,2 Mio SFr.
- **Zweiter Rückkauf von Selbstbehalten ERG-garantierter Kredite:** Der Rückkauf vom Juni 1993 schloss 12 Entwicklungsländer ein, wobei erstmals ERG-Schuldtitel von Aegypten, Guyana, Jemen, Liberia und Mauretanien erworben wurden. Bei den sieben anderen involvierten Ländern (Honduras, Jordanien, Kamerun, Mali, Peru, Philippinen und Sudan) handelt es sich um einen Teil derjenigen Länder, bei denen bereits im März 1992 Selbstbehalte ERG-garantierter Kredite aufgekauft worden waren. Mit dem nochmaligen Einschluss dieser Länder konnten Forderungstitel gekauft werden, welche sich seither generell für einen Aufkauf qualifizierten. Die Beteiligung der Gläubiger

war wiederum sehr hoch - mit Ausnahme von Aegypten wurden praktisch alle noch ausstehenden, aufkauffähigen Forderungen gegenüber den fraglichen Ländern zum Verkauf angeboten. Die angebotenen Forderungen belaufen sich (inkl. ERG-Anteil) auf 24 Mio SFr. Im Fall von Aegypten, bei dem angesichts des grossen Volumens der ausstehenden Schulden im Gegensatz zu den anderen Ländern kein Fixpreisangebot, sondern ein "Tender" unterbreitet wurde, erhielt der Bund genügend Preisangebote seitens der Gläubiger, um mit dem korrespondierenden ERG-Anteil ca. 20% der aegyptischen Schulden gegenüber der Schweiz übernehmen zu können (172 Mio SFr)⁶.

(Uebersichtstabelle siehe nächste Seite)

6. Der korrespondierende ERG-Anteil wurde bei dieser Aktion auf 130 Mio SFr begrenzt (vgl. hierzu Bundesratsantrag vom 18. Mai 1993 bzw. Bundesratsentscheid vom 14. Juni 1993).

 Entschuldungsvolumen bzw. erworbene Schuldentitel durch den Bund

basierend auf allen fünf Rückkaufaktionen

Länder	Selbstbehalte kommerzielle, nicht-garantierte Kredite:				Summe aller Schuld- titel Mio SFr
	ERG-garant.	Kredite und			
	ERG-Anteil	von schweiz. Banken	von schweiz. Exporteuren	von internat. Banken	
	(1)	(2)	(2)	(2)	
	(Aktionen März 92/Juni 93)	(Aktion Dez. 1991)	(Aktion Sept. 1992)	(Aktion Nov. 1992)	
	Mio SFr	Mio SFr	Mio SFr	Mio SFr	Mio SFr
1 Aegypten (3)	172.0				172.0
2 Bolivien	50.4				50.4
3 Côte d'Ivoire	301.8				301.8
4 Ekuador	31.3	0.3		22.9	54.5
5 Guinea	9.9				9.9
6 Guinea-Bissau	13.3				13.3
7 Guyana (3)	0.1				0.1
8 Honduras (4)	62.8				62.8
9 Jemen (3)	1.6				1.6
10 Jordanien (4)	27.9				27.9
11 Kamerun (4)	20.2				20.2
12 Kongo	14.2		0.8		15.0
13 Liberia (3)	2.1				2.1
14 Madagaskar	8.9				8.9
15 Mali (4)	3.5				3.5
16 Mauretanien (3)	0.5				0.5
17 Mosambik			1.7		1.7
18 Nicaragua	2.5				2.5
19 Peru	169.6				169.6
- davon Bundesbet.	5.8				5.8
20 Philippinen (4)	51.9				51.9
21 Sambia	23.6		0.2		23.8
22 Senegal	20.2				20.2
23 Sierra Leone	29.9				29.9
24 Sudan (4)	85.4		0.4		85.8
- davon Bundesbet.	21.6				21.6
25 Tansania	31.1		0.1		31.2
26 Togo	142.3	4.3			146.6
- davon Bundesbet.	14.2				14.2
27 Zaire	20.8		0.1		20.9
28 Zentralafr. Rep.	23.6				23.6
Summe	1321.4	4.6	3.3	22.9	1352.2

Abkürzungen: Bundesbet. = Bundesbeteiligung (Rückkäufe aus den frühen 70-Jahren)

(1) per 14.4.1992 (2) per 31.3.1993 (3) indikativ, da definitive Abrechnung der Aktion vom Juni 1993 ausstehend (4) ein Teil der Schuldangaben indikativ, da definitive Abrechnung der Aktion vom Juni 1993 ausstehend

Beilage 3

Mustertext für bilaterale Entschuldungsabkommen

AGREEMENT

BETWEEN

THE SWISS CONFEDERATION

AND

THE REPUBLIC OF [BOLIVIA]

ON THE REDUCTION OF EXTERNAL DEBT

AND THE CREATION OF A COUNTERPART FUND

The Swiss Confederation and the Republic of [Bolivia] (referred to below as the "Contracting Parties"),

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desiring to strengthen these relations,

Recognizing the external debt problem of the Republic of [Bolivia] and aiming to contribute to the solution of this problem,

Have agreed as follows:

Article 1

Objective and Means

The objective of this Agreement is to promote the economic and social development of the Republic of [Bolivia] (referred to below as "[Bolivia]"). This shall be achieved by an external debt reduction (referred to below as "External Debt Reduction") granted by the Swiss Confederation (referred to below as "Switzerland") against establishment of a fund in local currency for the purpose of financing specified development projects and/or programmes (referred to below as "Counterpart Fund"). This Agreement defines the basis for a conversion of external debt into local currency (i.e. debt for development swap).

Article 2

External Debt Policy

- 2.1 Switzerland and [Bolivia] agree that sound, long-term oriented macroeconomic and sectoral policies and adequate external debt management are necessary for sustainable development. Adherence to these principles is a pre-condition for the granting of External Debt Reduction under this Agreement.
- 2.2 The External Debt Reduction can only be achieved insofar as [Bolivia] maintains satisfactory relations with the multilateral financial institutions and stays on track with relevant economic reforms.
- 2.3 [Bolivia] shall implement and maintain an external debt policy aimed at reducing contractual and effective external debt service to sustainable levels by means of appropriate market based and/or negotiated approaches. The measures undertaken by [Bolivia] in the framework of the external debt policy shall aim at normalizing creditor relations in order to establish adequate trade and capital movements. [Bolivia] shall maintain a sound debt data and liability management programme.

- 2.4 [Bolivia] shall follow a policy of prudent contraction of new external debt, maximizing among other aspects recourse to non debt creating finance and concessional flows with the highest possible grant element. [Bolivia] shall use new loans and grants for priority projects and programmes with maximum economic and social return on investment.
- 2.5 [Bolivia] shall utilize the medium and long term savings created by the External Debt Reduction, and the associated cash flow relief, to finance economic and social development projects and programmes. [The savings in foreign currency shall not be used to bail out other bilateral or private creditors.]

Article 3

Eligible External Debt

- 3.1 The debt to be released under this Agreement (referred to below as "External Debt") is re-scheduled and non-rescheduled non-Official Development Assistance debt originating from commercial transactions insured by the Swiss Export Risk Guarantee Agency. It is specified in the Annex which forms an integral part of this Agreement.
- 3.2 The External Debt does not exceed [xxx] million Sfr. ([in words] million Swiss francs) on the date mentioned in para. 4.1.
- 3.3 All other present and future debt owed to official and/or private Swiss creditors remains untouched by this Agreement.

Article 4

Creation of Counterpart Fund and Release of External Debt

- 4.1 [Bolivia] shall pay the equivalent of [xxx] million Sfr. ([in words] million Swiss francs) in local currency into the Account referred to in Art. 5. The amount in local currency shall be calculated on the basis of the official exchange rate in [country] on the date payment is due. The payment shall be effected in one tranche and not later than [date]. Satisfactory proof of payment shall be submitted to Switzerland.
- 4.2 On the entry into force of this Agreement, the External Debt shall be entirely released.

Article 5

Counterpart Fund Account

[Bolivia] shall open an interest bearing local currency account with a local commercial bank (referred to below as the "Account"). Signatures of both Contracting Parties shall be required for expenditures.

Article 6

Utilization of the Counterpart Fund

- 6.1 The Counterpart Fund shall be used exclusively to finance development projects and/or programmes and official bank charges for the administration of the Account.
- 6.2 The development projects and/or programmes shall cover one or more of the following sectors in [Bolivia]:
- Use and conservation of natural resources
 - Micro-enterprise and handicraft promotion (support to associations and credit programmes)

At least [xxx]% ([in words] per cent) of the Counterpart Fund shall be allocated to non-governmental organisations working in the above sectors.

- 6.3 [text on submission of project proposals and selection]
- 6.4 All development projects and/or programmes financed out of the Counterpart Fund shall be executed under the framework conditions of the existing Agreement for Technical and Scientific Cooperation between Switzerland and [Bolivia], dated November 30, 1973.

Article 7

Consultations and Inspection

- 7.1 The Contracting Parties shall cooperate to ensure that the objective of this Agreement will be achieved. As and when the need arises, the Contracting Parties shall, at the request of either Party, exchange views and inform each other through their representatives about progress regarding the performance of their respective obligations and the operations implemented under this Agreement. The Contracting Parties shall

promptly inform each other of any condition or development which interferes, or threatens to interfere, with the accomplishment of the purposes of this Agreement.

- 7.2 [Bolivia] shall submit to Switzerland annual audits of the Counterpart Fund and project and/or programme expenditure.
- 7.3 Switzerland is authorized to inspect the implementation of this Agreement at any time.

Article 8

Reporting

- 8.1 Within six months from the date of payment of the tranche referred to under para. 4.1, [Bolivia] shall submit a written report to Switzerland. This report shall include, among other aspects, an analysis of the impact of the reduction of External Debt on government expenditures, the government budget and the overall external debt service over a period of at least five years counting from the year this Agreement entered into force.
- 8.2 Within nine month of full disbursement of the Counterpart Fund, [Bolivia] shall submit a written evaluation report to Switzerland on the results of the projects and/or programmes financed under the Counterpart Fund.

Article 9

Amendments

Amendments to this Agreement shall be effected by exchange of letters.

Article 10

Entry into Force

This Agreement shall become effective upon payment by [Bolivia] of the tranche referred to under para. 4.1.

Article 11

Cancellation

- 11.1 If either Contracting Party willfully and persistently fails to comply with any clause of this Agreement and does not remedy the situation within one month following the

other Contracting Party's written request to do so, the latter shall be entitled to cancel the Agreement by means of written notification.

- [11.2 Should this Agreement be cancelled in the case of non-fulfillment of adequate payment of the second and payment of tranches referred to under para. 4.2., Switzerland will resume its role as a creditor country which it has played prior to the entry into force of this Agreement. The External Debt will have to be serviced as if this Agreement had never been concluded; the payments in foreign currency which would have been due during the duration of this Agreement shall be effected immediately on the date cancellation is notified. The remaining Counterpart Fund shall be reimbursed to [Bolivia].]

Article 12

Authorities

The following Authorities are responsible for the implementation of this Agreement:

For Switzerland (with regard to External Debt Reduction and Creation of Counterpart Fund):

Federal Office of Foreign Economic Affairs (FOFEA) of the Federal Department of Public Economy
Bundeshaus Ost
3003 Bern
Switzerland

Phone: 31 61 4261
Fax: 31 21 5372
Telex: 911 340 EDA-CH for BAWI

For Switzerland (with regard to Utilization of Counterpart Fund):

Swiss Development Cooperation (SDC) of the Federal Department of Foreign Affairs
3003 Bern
Eigerstrasse 73
Switzerland

Phone: 31 61 3403
Fax: 31 45 5721
Telex: 911 340 EDA-CH for DEH

For [Bolivia]:

Phone:

Fax:

Telex:

Done at Berne, on [date], 1993 in two original copies in English.

For Switzerland

For

.....

Annex to the Agreement between the Swiss Confederation and the Republic of [Bolivia] on the Reduction of External Debt and the Creation of a Counterpart Fund

Definition of External Debt

The amount of the External Debt, as stated in para. 3.2 of this Agreement, is determined by the

1. Bilateral Rescheduling Agreements between Switzerland and [Bolivia]:
 - no. I, dated August 27, 1987
 - no. II, dated June 6, 1989
 - no. III, dated December 20, 1990
 - no. IV, dated November 27, 1992

2. Rescheduling Lists of Swiss Export Risik Gurarantee Agency (referred to below as "ERG") underlying to call-in letters - for interest and instalment maturities - sent by either the agent (Swiss Bank Corporation, Zürich/Switzerland) or ERG:
 - no. 481.01.10
 - no. 481.01.20
 - no. 481.02.10
 - no. 481.02.20
 - no. 481.02.30
 - no. 481.02.40
 - no. 481.03.10
 - no. 481.03.20
 - no. 481.03.30
 - no. 481.03.40
 - no. 481.04.30
 - no. 481.04.40
 - no. 481.04.50
 - no. 481.04.60

3. Preliminary Recapitulative Statement on the External Debt, established March 5, 1993:

Rescheduling list of ERG:	amount in Sfr.:	category:
no. 481.01.10	13'185'723.00	B
no. 481.01.20	4'335'330.60	B
no. 481.02.10	2'581'413.45	B
no. 481.02.20	3'777'361.95	B

no. 481.02.30	2'371'537.95	B
no. 481.02.40	2'861'154.88	B
no. 481.03.10	1'215'145.35	B
no. 481.03.20	6'864'745.01	B
no. 481.03.30	445'753.00	B
no. 481.03.40	6'610'565.07	B
no. 481.04.30	3'748'305.86	B
no. 481.04.40	3'666'119.71	B
no. 481.04.50	361'860.00	B
no. 481.04.60	361'860.00	B
total	<u>52'486'875.83</u>	* e. & o. e.

Definitions:

Last valid settlement date Last valid settlement date shall mean the last due date - according to the repayment and/or payment date(s) based on the Rescheduling Agreements - preceding the establishment date of the Preliminary Recapitulative Statement.

"*" in the total amount are included:

principal, i.e.

- A due and unpaid capital instalments up to the last valid settlement date
- B capital instalments not yet due as from the last settlement date

rescheduling interests, i.e.

- C due and unpaid interests up to the last valid settlement date

late interests, i.e.

- D see C

in the total amount are excluded:

rescheduling interests (= broken-period interest), i.e.

- E due between the last valid settlement date and the date this Agreement enters into force

late interest, i.e.

- F see E

The excluded items shall be forwarded at a later stage but not later than the date this Agreement enters into force.

4. Definitive Statement on External Debt: this statement shall be forwarded not later than the date this Agreement enters into force. In addition to the aforementioned Preliminary Recapitulative Statement it will include the items under the categories E and F minus interest payments and instalments received between the last valid settlement date and the date this Agreement enters into force.

The Definitive Statement will also include a separate list of any originally privately contracted debt not included in the Bilateral Rescheduling Agreements which has proved to constitute cross-border risks and thereby is public debt owed by [Bolivia]. Said list forms an integral part of this Annex.

Beilage 4

Allgemeine Elemente eines Entschuldungsabkommens

Entschuldungsabkommen enthalten folgende wichtige Elemente, welche bei allen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form vorhanden sein werden:

- Entschuldungsvolumen: Das zu erlassende Entschuldungsvolumen ist unterschiedlich und kann sich aus allen vier Arten von Schuldentiteln, welche in Beilage 2 beschrieben wurden, zusammensetzen (zur Hauptsache im Pariser Club umgeschuldete Forderungen). Die Schuld basiert im allgemeinen auf noch ausstehenden Kapital- und überfälligen Zins- sowie Kapitalfälligkeiten. Der Stichtag der zu erlassenden Schuld wird im Normalfall das Datum sein, an dem das Entwicklungsland allfällig die gesamten oder den ersten Teil der Leistungen in Form der Bereitstellung lokaler Mittel erbringt (lokaler Gegenwertfonds).
- lokaler Gegenwertfonds⁷: In den meisten Fällen wird mit den betreffenden Entwicklungsländern vereinbart werden, dass im Gegenzug zum Erlass der Schulden lokale Mittel von der betreffenden Regierung zur Verfügung zu stellen sind. Die Entscheidung hierfür, sowie allenfalls die Höhe des Betrages in Lokalwährung (Konversionsrate) ist unter anderem von der Entwicklungs-, Wirtschafts- und insbesondere Budget- und Geldpolitik des betreffenden Landes abhängig. Ferner werden die Ersparnisse aus der Entschuldung ("Cash flow relief")⁸, der Marktpreis der Schuldentitel⁹, die Schuldensituation und die lokale Absorptionskapazität für Gegenwertfonds in die Beurteilung miteinbezogen. Im Normalfall wird die Konversionsrate unter 30% liegen.

Gemäss Vereinbarung DEH-BAWI vom 17.9.1991 hat die DEH die Federführung im Bereich der Durchführung bzw. Sicherstellung der zielgerechten Verwendung der lokalen Gegenwertfonds¹⁰.

Der Schuldenerlass wird wirksam, sobald der Partnerstaat den Betrag in Lokalwährung zur Verfügung stellt. Die Einzahlung der lokalen Mittel kann auch in Tranchen erfolgen, wobei dann der Erlass der gesamten Schulden mit der ersten Teilzahlung wirksam wird; solche Zahlungen werden sich in der Regel über eine Periode von rund zwei Jahren erstrecken (Minimierung der Unsicherheitsmomente). Die Mittel sollen möglichst zinstragend und inflationsgeschützt angelegt werden, z.B. auf einem Konto einer Geschäftsbank im betreffenden Land.

-
7. Zur Politik der Gegenwertfonds siehe Kapitel 335 (Weitergabe und lokale Gegenwertmittel) der Botschaft des Bundesrates vom 30. Januar 1991 (BB1 1991 I 753).
 8. Der "Cash flow relief" der zu entschuldenden Länder beträgt im Durchschnitt ca. 4% p.a.
 9. Der Marktpreis der zu entschuldenden Länder beträgt im Durchschnitt ca. 20%.
 10. In Zusammenarbeit mit der DEH und der "Entschuldungsstelle der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke" werden die Höhe der Schuldenumwandlung und die Verwendung des Gegenwertfonds festgelegt.

- Verwendung des Gegenwertfonds: Der Lokalwährungsbetrag wird generell für Entwicklungsprogramme und/oder -projekte in spezifischen Sektoren im betreffenden Land eingesetzt. Projektträger können Hilfswerke, Regierungsorganisationen und/oder der Privatsektor sein. Mittels dieser Projekte soll der makroökonomische Nutzen der Entschuldung der Basisbevölkerung zukommen.